

„Das ist ärgerlich und ungerecht“

Verkehrsminister Winfried Hermann spricht über drohende Fahrverbote und das Verhalten der Autoindustrie

Herr Hermann, nach dem Leipziger Gerichtsurteil drohen ernsthaft Fahrverbote, die Autoindustrie nimmt es mit der Nachrüstung offenbar nicht so ernst. Wie sehen Sie die Situation?

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts müssen wir den Luftreinhalteplan für Stuttgart überarbeiten. Es geht um eine Vielzahl von Maßnahmen – unter anderem zur Förderung der umweltfreundlichen Verkehrsarten. Die Zuspitzung der Debatte auf Fahrverbote ist eine krasse Verkürzung. Es ist angesichts der Dringlichkeit schwer verständlich, dass wir so lange auf die schriftliche Begründung des Urteils warten müssen.

Hält die Autoindustrie ihre Zusagen bei der Nachrüstung ein?

Die Automobilindustrie ist bislang nicht annähernd ihren Zusagen nachgekommen. Sie hat versprochen, dass sie Software nachrüstet. Nur VW hat 2,3 Millionen Fahrzeuge nachgerüstet, weil sonst diese Betrugsfahrzeuge vom Kraftfahrtbundesamt stillgelegt worden wären. Aber bei der anderen Hälfte der betroffenen Fahrzeuge ist bisher nichts passiert. Die Konzerne weigern sich, Hardware-Nachrüstung vorzunehmen. Man hat den Eindruck, ihr einziges Interesse ist es, neue Autos zu verkaufen. Aber an Luftreinhaltung, Schadensbegrenzung und am Ersatz ihrer mangelhaften Fahrzeuge hat sie kein Interesse. Während amerikanische Kunden mit über 20 Milliarden Dollar entschädigt werden, sollen die europäischen Kunden halt neue Autos kaufen. Das ist ärgerlich und ungerecht.

Sind für globale Konzerne solche regionalen Probleme mit der Luftverschmutzung nicht zu marginal?

Das ist unterschiedlich. Es gibt Unternehmen und Manager, die haben den Schuss gehört und machen vieles anders. Und es gibt andere, die sind genauso arrogant wie früher: Nichts dazugelernt. Letztere sind bis heute nicht bereit, aus Gründen der Luftreinhaltung nachzurüsten. Die ganzen Probleme haben wir nicht wegen der schlechten Politik, sondern weil viele Autos deutlich schlechter sind, als sie in Verkaufsprospekten angekündigt waren. Ich erwarte, dass Konzerne mit ihren hochbezahlten Managern Verantwortung übernehmen und einen Teil der derzeit extrem hohen Renditen als Wiedergutmachung den Kunden geben. Es muss Schluss sein damit, dass sich die Autohersteller bei der Luftreinhaltung arm rechnen und gleichzeitig grandiose Gewinne ausweisen.

Kommen Fahrverbote in Stuttgart?

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Revision des Landes weitgehend zurückgewiesen und das Stuttgarter Urteil, das Fahrverbote vorsieht, bestätigt. Ich strebe keine Fahrverbote an, aber die Wahrheit ist, dass wir keine



Zur Person

Winfried Hermann, 65, war von 1992 bis 1997 Landesvorsitzender der Grünen im Südwesten. Er saß von 1984 bis 1988 im Stuttgarter Landtag und gehört diesem seit 2016 wieder an. Von 1998 bis 2011 gehörte Hermann dem Bundestag an. Diesen verließ er, als er 2011 zum Verkehrsminister in Baden-Württemberg berufen wurde. (ms)

Wahl mehr haben. Die Richter zwingen uns zu Fahrverboten, wenn all die andere Maßnahmen nicht rechtzeitig und wirksam greifen. Viele Politiker – vor allem der SPD und der FDP bis hin zur CDU – ignorieren das Urteil, manche rufen öffentlich zum Rechtsbruch auf. Das finde ich unsäglich. Die Deutsche Umwelthilfe droht ja deshalb mit einer Zwangsvollstreckung, mit der sie durchaus Erfolg haben könnte.

Sie wollen mit anderen Bundesländern einen Vorstoß für die blaue Plakette unternehmen.

Wahr ist, dass unter Experten die Einführung der blauen Plakette als der richtige Weg gesehen wird. Aber leider gehen die unionsgeführten Länder nicht mit. Übrigens: Die grüne, rote und gelbe Plakette wurden von der ersten großen Merkel-Koalition eingeführt. Auch das waren Fahrbeschränkungen für ältere, dreckige Fahrzeuge. Und da haben Union und SPD nicht von Fahrverboten gesprochen. Wenn man damals genauso argumentiert hätte wie bei der blauen Plakette, hätte man diese Plaketten nie einführen dürfen.

Wie diskutieren Sie die Einführung der blauen Plakette mit der Südwest-CDU?

Die Südwest-CDU ist beim Thema Luftreinhaltung gespalten. Im Kabinett haben die CDU-Minister für die blaue Plakette gestimmt – allen voran Thomas Strobl. Aber leider tun andere in der CDU-Fraktion so, als wäre die blaue Plakette gleichzusetzen mit einem allgemeinen Fahrverbot. Plaketten sind für Umweltzonen, wo es eine starke Luftverschmutzung gibt, als Ein-fahrtserlaubnis vorgesehen. Viele fordern inzwischen zur Vermeidung von Fahrverboten den Ausbau von umweltfreundlichen Verkehrsangeboten, die sie selbst vernachlässigt haben. Es muss endlich auch Schluss sein, dass in Kommunalparlamenten Radwege und Bus-spuren verhindert werden, weil ein paar Parkplätze wegfallen.

FRAGEN: MICHAEL SCHWARZ

NACHRICHTEN

REILINGEN

Sechs Verletzte bei Auffahrunfall

Sechs Menschen sind bei einem Unfall auf der Autobahn 6 bei Reilingen (Rhein-Neckar-Kreis) verletzt worden – zwei von ihnen schwer. Wie ein Polizeisprecher mitteilte, fuhr der 47 Jahre alte Fahrer eines Kleintransporters auf ein Taxi mit zwei Fahrgästen auf. Das Taxi schleuderte auf den rechten Fahrstreifen und krachte in ein Auto. Die beiden Kunden des Taxifahrers wurden mit schweren Verletzungen in die Klinik geflogen. Die anderen Beteiligten wurden leicht verletzt. Die Polizei ermittelt gegen den Fahrer des Kleintransporters: Sie geht davon aus, dass er abgelenkt war. (dpa)

BIETIGHEIM-BISSINGEN

Betrunkener Fahrer schläft vor Ampel

Rot, Gelb, Grün – das war einem Autofahrer in Bietigheim-Bissingen (Landkreis Ludwigsburg) so ziemlich egal. Der 24-Jährige sei vor einer Ampel betrunken am Steuer eingeschlafen, teilte die Polizei mit. Ein Zeuge habe Alarm geschlagen, als er den anscheinend leblosen Körper bemerkte. Polizisten weckten den Mann durch starkes Rütteln an seinem Auto. Vor einer Blutentnahme zur Kontrolle des Alkoholgehalts habe der Mann zu fliehen versucht. Als ihm Handschellen angelegt wurden, habe er Beamte beleidigt. Ergebnis: Führerschein beschlagnahmt, Auto abgeschleppt, es droht ein Verfahren. (dpa)

VERFASSUNGSSCHUTZ

Osmanen Germania nicht überwacht

Für eine Beobachtung der Straßengänge „Osmanen Germania“ hat der Verfassungsschutz Baden-Württemberg nach eigenen Angaben keine legalen Möglichkeiten. Die gesetzlichen Voraussetzungen seien „zurzeit nicht erfüllt“, so die Behörde. Sie reagierte auf Forderungen nach einer nachrichtendienstlichen Beobachtung führender Mitglieder der rockeralähnlichen Gruppierung. (dpa)

MINISTERPRÄSIDENT

„Islam gehört zu Deutschland“

Für Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) gehört der Islam zu Deutschland. „Da Millionen Muslime in Deutschland leben, gehört auch der Islam zu Deutschland“, sagte er in einem Interview. Alles andere, so Kretschmann, wäre ein unauflösbarer Widerspruch. Damit trat er der Aussage von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) entgegen, der Islam sei kein Teil von Deutschland. (dpa)



Kinder werden während des Mittagessens in einer Kindertagesstätte betreut. BILD: DPA/IN FLECHTINGEN SACHSE

Mehr Geld für Tageseltern?

Die Südwest-CDU will die Kindertagespflege aufgewertet sehen. Dafür soll das Land auch mehr Geld einbringen

VON MICHAEL SCHWARZ

Stuttgart – In der grün-schwarzen Landesregierung gibt es Diskussionen darüber, die Situation der knapp 6700 Tageseltern in Baden-Württemberg zu verbessern. Diese betreuen mehr als 22 000 Kinder und fordern schon lange eine höhere Bezahlung und bessere Rahmenbedingungen.

CDU-Landtagsfraktionschef Wolfgang Reinhart erklärt im Gespräch mit dieser Zeitung, er mache sich für die Wahlfreiheit zwischen den klassischen Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege stark. „Die Kindertagespflege durch Tagesmütter und -väter ist eine wichtige Säule der Kinderbetreuung im Land und eine wertvolle Ergänzung der institutionellen Angebote“, so **Reinhart**. Deswegen fordere die CDU, dass „die finanziellen und beruflichen Rahmenbedingungen für Tagespflegepersonen verbessert werden“. Es sei zunächst notwendig, die Bezahlung der Tageseltern pro betreutem Kind und pro Stunde „um bis zu einem Euro zu erhöhen“. Dies solle rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres umgesetzt werden. Derzeit erhalten Tageseltern für ein Kind unter drei Jahren 5,50 Euro je Stunde und für ein Kind ab drei Jahren 4,50 Euro. Dieses Geld müssen die Tageseltern, die als Selbstständige tätig sind, versteuern – und alle weiteren Betreuungskosten selbst bestreiten. Wird **Reinharts** Vorstoß realisiert, müsste das Land jährliche Mehrkosten in Höhe von bis zu 16 Millionen Euro übernehmen. Umgesetzt werden könnte die Forde-

rung im Pakt für Bildung und Betreuung, den die grün-schwarze Regierung gerade mit den kommunalen Landesverbänden verhandelt. Dem Vernehmen nach stehen die Chancen gut, dass die Tageseltern mehr Geld bekommen.

Generell sind in Baden-Württemberg zwar die Kommunen für die Kindertagespflege zuständig, doch das Land übernimmt einen Teil der Betriebskosten. Und hier geht es um durchaus stattliche Beträge. Alleine für die Kleinkindbetreuung – also Kinder unter drei Jahren – gab es vom Land 2017 Zuweisungen in Höhe von 824 Millionen Euro an die Kommunen. Davon wurden rund 60 Millionen Euro auf die Stadt- und Landkreise für die in der Tagespflege betreuten Kinder verteilt. Der größte Teil wird für öffentliche Betreuungseinrichtungen verwendet. In diesen befinden sich momentan rund 420 000 Kinder im Alter von bis zu 14 Jahren. Mit mehr als 350 000 Kindern ist der größte Teil von ihnen unter sechs Jahren und damit im klassischen Kita-Alter.

Zudem haben die Eltern von Kindern im Alter von bis zu sechs Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Seit 2013 gilt diese Regelung auch für unter Dreijährige. „Ohne die Tageseltern könnten die Kommunen diesem Rechtsanspruch gar nicht gerecht werden“, sagt Christina Metke, Vorsitzende des Landesverbands Kindertagespflege in Baden-Württemberg. Sie fordert schon lange eine bessere Bezahlung. „Seit sechs Jahren ist an den Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände zur Bezahlung von Tageseltern nichts verändert worden.“ Metke betont die größere Flexibilität, die Tageseltern bieten können. „Tageseltern sind oft sehr flexibel und können zum Beispiel Kinder betreuen, deren Eltern Schichtarbeit verrichten.“

Deutlich mehr Salafisten im Land

Die Zahl radikaler Muslime ist innerhalb eines Jahres von 620 auf 750 gestiegen, berichtet das Landesamt für Verfassungsschutz

Stuttgart (dpa) Der Salafismus hat in Baden-Württemberg nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz im vergangenen Jahr deutlich an Zulauf gewonnen. Die Zahl der Salafisten sei zwischen 2016 und 2017 von 620 auf 750 gestiegen, teilte die Behörde mit.

Die Steigerung fiel damit deutlich höher aus als in den Vorjahren. 2014 hatte der Verfassungsschutz die Zahl der Salafisten im Südwesten auf 550 geschätzt, 2015 auf 600. Der Salafismus ist eine besonders konservative Ausprägung des Islam und gilt als Nährboden für islamistischen Terrorismus.



Ein Mann verteilt kostenlose Koran-Exemplare an Passanten. BILD: DPA

Laut Zeitungsberichten stellt der Verfassungsschutz fest, dass „die Bereitschaft zur Gewalt“ in den extremistischen Szenen des Landes generell gestiegen ist. Zahlen zu anderen extremistischen Milieus will die Behörde erst im neuen Verfassungsschutzbericht im Juni veröffentlichen. Schwerpunkte ih-

rer Arbeit lägen auf den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus, sagte ein Sprecher. Auch die linksextreme Szene werde weiterhin beobachtet, spiele aber im Vergleich eine eher geringe Rolle im Südwesten.

Ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtet werden die sogenannten Reichsbürger. Sie lehnen die Bundesrepublik als Staat ab und behaupten, das Deutsche Reich bestehe fort. 583 Straftaten sogenannter Reichsbürger im Südwesten wies die Kriminalstatistik im Jahr 2017 auf, das sind 18,3 Prozent mehr als die 493 im Jahr 2016. Der Verfassungsschutz beobachtet die „Reichsbürger“ seit Ende 2016. Die Erfassung der Szene sei noch nicht abgeschlossen, sagte der Sprecher. Ob sie in den vergangenen Monaten gewachsen sei, lasse sich daher noch nicht abschätzen.

Fluchtwege genehmigt

Nach zwei Jahren der Prüfung ist das Fluchtwegekonzept für das Projekt Stuttgart 21 jetzt unter Dach und Fach

Stuttgart (dpa) Das neue Fluchtwegekonzept für den Tiefbahnhof von Stuttgart 21 ist genehmigt. Die Entscheidung des Eisenbahn-Bundesamts nach einem langen und intensiven Prüfprozess freute ihn sehr, sagte Manfred Leger, Sprecher der Geschäftsführung der DB Projekt Stuttgart-Ulm GmbH. Demnach werden keine Fluchttreppenhäuser auf den Bahnsteigen gebaut. Die Fluchtwege führen von den Bahnsteigenden ins Freie. Kritiker hatten immer wieder moniert, dass sich der Bahnhof im Fall eines Brandes nicht so schnell evakuieren lasse, wie es vorgeschrieben ist.



Ein Bauarbeiter lenkt im Sommer 2017 an der Stuttgart-21-Baustelle einen Betonpumpenwagen. BILD: DPA

Das Eisenbahn-Bundesamt brauchte für die Genehmigung fast zwei Jahre, wie ein Sprecher sagte. Sie ist zudem für den Weiterbau der Kelchstützen wichtig. Diese 28 Konstruktionen sollen das Dach der Bahnsteighalle tragen.

Beim Bahnprojekt Stuttgart 21 sind die Kosten explodiert. Bis zu 8,2 Milliarden Euro soll die Realisierung nun kosten. Zudem wird der unterirdische Durchgangsbahnhof erst Ende 2025 betriebsbereit sein.